Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für den Saargau

1872 — DISSIPAT ATQVE FOVET — Gegründet

Tage- und Anzeigenblatt für Handel u. Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch unsere Agenten 4,50 Frs. Mit der Post bezogen 4,50 Frs. Zeilenpreise: Die 6gespaltene m/m. Zeile. 40 m/m. breit 0,25 Frs. für Deutschland 0,25 Frs., umgerechnet zum Tageskurs, Ausland 0,30 Frs. Die 90 m/m breite Reklamezeile 0,60 Frs.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. In Saarlouis die Geschäftsstelle, Kleiner Markt Nr. 1. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher Nr. 82 Postfach 89.

Nr. 123. Saarlouis, Mittwoch, den 11. Juni 1924. 53. Jahrgang.

Sozialismus und soziale Reform.

Bei rund 29 Millionen Reichstagswählern und rund 10 Millionen sozialistischen Stimmen, die sich auf die Vereinigte Sozialdemokratische Partei, die Kommunistische Partei Deutschlands sowie auf den radikalen Sozialistischen Bund verteilen, zeigt es sich, daß die gesamte sozialdemokratische Bewegung mehr als ein Drittel aller Wähler umfaßt. Das muß man genau im Auge behalten, wenn man sich über die Bedeutung der Sozialdemokratie für Deutschlands wirtschaftliche und politische Entwicklung klar werden will. Obwohl die letzten fünf Jahre das Versagen einer im Besitze der Macht befindlichen Sozialdemokratie gelehrt haben, und man füglich ein stärkeres Abschwenken der enttäuschten Massen erwarten konnte, hat dieses nicht stattgefunden. Der Sozialismus ist auch heute noch ein Massenglaube, wenn er auch als System diejenigen völlig im Stiche gelassen hat, die hoffnungsvoll seiner Fahne folgten.

Der Kernpunkt der sozialistischen Bewegung ist die Vereinigte Sozialdemokratische Partei mit über 6 Millionen Stimmen. Lehrreich ist es, die Verteilung dieser auf die einzelnen Landesteile zu verfolgen. Von 100 Stimmen erhielt dann die Sozialdemokratie in Ostpreußen 15,0, Berlin 21,8, Potsdam II 18,0, Potsdam I 20,7, Frankfurt a. d. Oder 20,1, Pommern 18,9, Breslau 23,6, Liegnitz 27,4, Oppeln 4,7, Magdeburg 31,8, Merseburg 15,2, Thüringen 22,4, Schleswig-Holstein 26,1, Weser-Ems 20,8, Ost-Hannover 21,3, Süd-Hannover-Braunschweig 30,0, Westfalen-Nord 18,0, Westfalen-Süd 16,0, Hessen-Nassau 25,2, Köln-Aachen 10,2, Koblenz-Trier 9,0, Düsseldorf-Ost 12,4, Düsseldorf-West 9,8, Oberbayern-Schwaben 13,2, Niederbayern 9,2, Franken 23,3, Pfalz 23,3, Dresden-Bautzen 29,6, Leipzig 30,2, Chemnitz-Zwickau 27,2, Württemberg 16,7, Mecklenburg 26,8, Baden 15,1, Hessen-Darmstadt 29,5, Hamburg 27,7. Am stärksten ist demnach die Sozialdemokratie vertreten in Dresden-Bautzen mit 36,6 Proz. aller Stimmen. Dann folgt Magdeburg-Anhalt mit 31,8, Leipzig mit 30,2, Süd-Hannover-Braunschweig mit 30 Proz. In allen übrigen Wahlkreisen blieb die Partei unter 30 Prozent.

Im Gegensatz zu dem obigen rechten Flügel der Gesamtbewegung hat der linke, die Kommunistische Partei, insgesamt 3,7 Millionen Stimmen auf sich vereinigt. Ueber 20 Prozent der Stimmen erhielt sie in nachstehenden Bezirken: Berlin, Oppeln, Merseburg, Westfalen-Süd, Düsseldorf-Ost (Düsseldorf-West 19 Proz.), Chemnitz-Zwickau. Hier haben wir also die derzeitigen Hochburgen des Kommunismus. In einem Teil derselben, vornehmlich aber in Oppeln wie im besetzten Gebiet herrschen außergewöhnliche Verhältnisse, die die Erwartung rechtfertigen, daß die kommunistische Hochflut auch dort wieder abebben wird. Viel wird nach dieser Richtung hin allerdings von dem rechten Flügel der Bewegung abhängen, wieweit es ihm gelingen wird, die Massen über die völlige Verkehrtheit des Kommunismus aufzuklären und sie wieder zu vernünftigem Denken zurückzubringen. Auf dem am 11. Juni in Berlin beginnenden Parteitag der Vereinigten Sozialdemokratie wird sich zeigen, ob dazu die Kräfte in der Partei aufgebracht werden. Denn die vor einigen Tagen im Zentralorgan der Partei veröffentlichten Anträge zum Parteitag lassen deutlich erkennen, daß auch in der Vereinigten Partei die nach links drängenden Strömungen noch in hohem Maße sich bemerkbar machen, die sich noch immer nicht an eine politische und wirtschaftliche Gemeinschaftsarbeit mit nichsozialistischen Parteien und Kreisen gewöhnen wollen.

Sieht man von dem Anwachsen des Kommunismus als einer ungewöhnlichen Erscheinung ab, so beweist doch die Tatsache der unverändert breiten sozialistischen Bewegung als solche, daß starke Quellen wirtschaftlich ungesunder Verhältnisse und sozial unbefriedigender Zustände vorhanden sein müssen, aus denen der Sozialismus seine Nahrung zieht. Damit bleiben Wirtschaftspolitik, Sozialreform und eine sozial versöhnende Gemeinschaftsarbeit in Stadt und Gemeinde Aufgaben, denen auch weiterhin alle Kräfte einer aufbauenden innern Politik gewidmet sein müssen.

Reichstagsausschuß für den Reichshaushalt.

bb. **Berlin**, 7. Juni. Außer dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten konstituierte sich gestern noch der Reichstagsausschuß für den Reichshaushalt. Zum Vorsitzenden wurde der deutschnationale Abgeordnete Oberbohren gewählt und zu seinem Stellvertreter der sozialdemokratische Abgeordnete Heimann. Die erste sachliche Sitzung, die am 20. Juni stattfinden soll, wird sich mit dem Etat des Reichstags, des Reichspräsidenten, der Reichskanzlei und des Reichsjustizministeriums befassen.

Demission Millerands.

Das Zwischenkabinett Marsal.

wtb. **Paris**, 10. Juni. Die neuen Minister, deren Ernennung heute vormittag im „Journal Officiel“ erschienen ist, haben gestern abend bereits im Elysee Kenntnis von dem Wortlaut der Botschaft des Präsidenten genommen. Heute vormittag 11.30 findet unter dem Vorsitz Millerands ein Ministerrat statt, um den endgültigen Zweck der Botschaft bekannt zu geben und um die ministerielle Erklärung des Kabinetts Marsal festzulegen.

Der Ministerpräsident Marsal erklärte Pressevertretern gegenüber auf die Fragen, ob er das Finanzministerium behalten wolle, es lohne sich nicht für eine so kurze Zeit, das Ministerium zu wechseln. Er sei darauf gefaßt, mit Millerand vom Parlament in die Minderheit gesetzt zu werden. In diesem Falle werde er sofort zurücktreten. Für nicht ausgeschlossen halte er jedoch, daß nach Verlesung der Botschaft Millerands eine Kammermehrheit den Standpunkt Millerands anerkenne.

Das „Oeuvre“ gibt in halb scherzhafter halb ernster Form im übrigen eine Art Programm für die nächsten Tage. Dieses Programm lautet folgendermaßen:

Heute: Verlesung der Botschaft des Präsidenten durch Marsal in der Kammer und durch Ratier im Senat.

Morgen: Verlesung der Demissionsbotschaft Millerands im Senat durch Doumergue und durch Painleve in der Kammer.

Uebermorgen: Vollsitzung der Linken.

Freitag: Wahl des neuen Präsidenten der Republik und Uebernahme der Befugnisse.

Samstag: Bildung des Kabinetts Herriot.

Sonntag: Ruhe.

Montag: Verlesung der Erklärung des neuen Kabinetts Herriot.

Eine Resolution der Linken.

wtb. **Paris**, 10. Juni. Die radikale und radikalsozialistische Kammerfraktion veröffentlicht folgendes Protokoll: Die radikale und radikalsozialistische Kammergruppe, der sich von den zur Partei gehörigen Senatoren eine große Zahl und außerdem die Mitglieder des Parteivorstandes angeschlossen hatten, ist heute vormittag um 10.30 Uhr im Kammergebäude unter dem Vorsitz von Herriot zusammengetreten. Nach kurzer Debatte hat die Versammlung einstimmig folgende Resolution angenommen, die in der heutigen Sitzung im Namen des Kartells der Linken eingebracht werden soll:

„Die Kammer ist entschlossen, mit einem Ministerium, das durch seine Zusammensetzung die Verneinung der Rechte des Parlaments darstellt, nicht in Verbindung zu treten, lehnt die verfassungswidrige Debatte ab, zu der sie aufgefordert wird, und beschließt, jede Debatte zu vertagen, bis sich ihr eine Regierung vorstellt, die entsprechend dem souveränen Willen des Landes gebildet ist.“

Zu diesem Protokoll fügt Havas hinzu, daß die Verhandlungen zwischen den Gruppen des Kartells der Linken bis mittags angedauert haben, weil einige Teilnehmer eine Abänderung der ihnen zuerst unterbreiteten Fassung forderten. Die von den einzelnen Gruppen vorgeschlagene Resolution spreche in der Tat zuerst davon, daß eine Debatte über die Präsidentschaft der Republik abgelehnt werden solle. Mehrere Abgeordnete hätten darauf hingewiesen, daß, wenn man sich an die parlamentarischen Regeln halten wolle, zuerst die Regierung in die Minderheit gebracht werden müsse, und daß erst dann die verfassungswidrige Debatte über die Präsidentschaft der Republik abgelehnt werden müsse. In den Gruppen selbst seien zwei Auffassungen zu Tage getreten, die einen hätten gewünscht, daß über die Resolution des Kartells der Linken keine Debatte aufgenommen werde, andere seien der Ansicht gewesen, daß es unerläßlich sei, die Resolution zu begründen, und hätten darauf hingewiesen, daß nach ihrer Ansicht der Präsident der Republik es gewesen sei, der gegen die verfassungsmäßigen Regeln verstoßen hätte. Um diese Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, hätten die Gruppen beschlossen, es Herriot zu überlassen, wenn er es für zweckentsprechend halte, die Resolution mit einigen Worten zu begründen. Die Resolution sei schließlich von den vier Gruppen des Kartells der Linken ratifiziert worden.

Weitere Interpellationen.

wtb. **Paris**, 10. Juni. Die Gruppe der republikanischen Linken hat den Abgeordneten Dariac beauftragt, im Namen der Fraktion heute nachmittag in die Diskussion einzugreifen und eine Tagesordnung einzubringen, falls die Interpellationen zur Beratung kämen. Havas zufolge wird jedoch dieser Fall immer unwahrscheinlicher.

wtb. **Paris**, 10. Juni. Ueber den heute vormittag im Elysee abgehaltenen Ministerrat unter Millerand wird ein Kommunique ausgegeben, nach dem dem Ministerrat verschiedene Informationen über die auswärtige Lage unterbreitet wurden. Morgen Mittwoch vormittag 11 Uhr werde ein neuer Ministerrat zusammentreten.

wtb. **Paris**, 10. Juni. Die Kammerfraktion der republikanisch-demokratischen Union, die der Minderheit angehört, ist heute vormittag zusammengetreten und hat beschlossen, zwei weitere Mitglieder mit der Einbringung einer Interpellation zu beauftragen, damit sie an der Diskussion der angekündigten Interpellation Raibel teilnehmen können. Es werden also gegebenenfalls der Abgeordnete Taradu über die Bildung des Ministerium und der Abgeordnete Herand über die ministerielle Erklärung interpellieren.

Französische Kammer.

Eine Botschaft Millerands.

nw. **Paris**, 10. Juni. Die heute nachmittag um 3 Uhr in der Kammer vom Ministerpräsidenten Francois Marsal und im Senat vom Justizminister Ratier verlesene Botschaft des Präsidenten der Republik hat folgenden Wortlaut: Als die Nationalversammlung mir die Ehre erwies, mit mit 695 Stimmen zu dem höchsten Amt zu berufen, wußte sie aus meinen öffentlichen Erklärungen, daß ich nur bereit war, ins Elysee zu gehen, um dort eine nationale Politik der sozialen Fortschritte, der Ordnung, der Arbeit und der Einigkeit zu vertreten. Die feierliche Verpflichtung, die ich vor dem Lande übernommen habe, habe ich getreulich gehalten. Frankreich dürstet nach Frieden, Freiheit und anderem. Es will nach außen hin eine Politik ausüben, die im Einverständnis mit seinen Alliierten Sicherheit, Reparationen, Durchführung des Versailler Vertrages und Respektierung sämtlicher diplomatischen Akte sichert, die die neue europäische Ordnung gegründet hat. Diese Außenpolitik macht eine Innenpolitik notwendig, die sich von den Lehren des Krieges leiten läßt, die sich auf das Einvernehmen unter den Franzosen, auf der Achtung vor der Meinung und dem Glauben der anderen und auf den Bestrebungen, in die sozialen Beziehungen immer mehr Gerechtigkeit und Gutes hineinzutragen sowie auf dem Willen der Aufrechterhaltung eines strengen Gleichgewichts zwischen öffentlichen Einnahmen und Ausgaben und den Kredit Frankreichs zu wahren, gründet. Diese Ideen haben mich in meinen Handlungen stets geleitet. Sie werden mich weiter darin leiten. Durch die Bestimmung, daß der Präsident der Republik nur im Falle des Hochverrats verantwortlich ist, hat die Verfassung aus nationalem Interesse der Stabilität und Stetigkeit dafür Sorge tragen wollen, daß die Vollmacht des Präsidenten 7 Jahre hindurch vor den Schwankungen der Politik geschützt bleibt. Sie werde die Verfassung respektieren. Wenn sie sie nicht respektiere, wenn künftig die Willkür einer Mehrheit den Präsidenten der Republik zwingen könnte, sich aus politischen Beweggründen zurückzuziehen, wäre der Präsident der Republik nur noch ein Spielball in den Händen der Parteien. Sie werde ihr behilflich sein, eine so furchtbare Gefahr abzuwenden. Ich habe es abzulehnen, von meinem Posten Posten zu desertieren. Es ist nicht möglich, daß aus dem Parlament, daß die Gesetze anzunehmen hat und über ihre Beachtung wachen soll, die Zeichen und das Beispiel für ihre Vergewaltigung kommen. Gefährliche Ratgeber bemühen sich, im Parteiinteresse durchzusetzen, daß die neue Legislaturperiode mit einem revolutionären Akt beginnt. Die Kammer wird ihnen die Gefolgschaft verweigern. Getreu seiner Ueberlieferung wird der Senat, wie er es in den ernstesten Situationen war, der Verteidiger der Verfassung bleiben. Eine konstitutionelle Frage von solcher Wichtigkeit für die Zukunft der republikanischen Einrichtungen, wie es die ist, die durch die gegenwärtige Krise aufgeworfen wird, kann nicht im Halbdunkeln durch Entscheidungen einzelner Personen oder Beschlüsse geregelt werden. Ich appelliere ver-